



TOP 08

Bericht über Verfolgungssituationen in Mocambique und im Libanon

Bericht in der Sitzung der 16. Landessynode am **25. November 21**

Verehrte Frau Präsidentin, hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder, lieber Landesbischof!

Ich möchte meinen Bericht unter die Tageslosung des vergangenen Samstags stellen, wo es in den Sprüchen heißt: Weigere dich nicht, den Bedürftigen Gutes zu tun, wenn deine Hand es vermag“. Spr 3, 27

Die Situation der verfolgten Menschen weltweit hat sich verschlechtert. Deshalb zu Beginn ein paar Zahlen, hinter denen aber einzelne Menschen, Frauen Männer und Kinder stehen. Das dürfen wir nie vergessen.

Weltweit sind derzeit 84 Mio. Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Gewalt, Hunger und den Folgen des Klimawandels. Die Zahl dieser Vertriebenen ist seit Dezember 2020 und Juni 2021 von 82,2 auf 84 Mio. angestiegen. Fast 51 Mio. von ihnen sind Binnenvertriebene, sind also im eigenen Land unterwegs nach sichereren Orten. Aus der Demokratischen Republik Kongo DRK und aus Äthiopien kommen derzeit die meisten Flüchtlinge in Afrika. Ähnlich schlecht entwickelt sich die Lage in Myanmar, wo das Militär im Februar putschte und in Afghanistan.

Zu den 84 Mio. Geflüchteter gehören auch 5,7 Mio. Palästinenser, die seit Jahrzehnten aus ihrer Heimat vertrieben wurden, sowie aktuell 3,9 Mio. Venezolaner.

Allein aus Syrien sind seit dem Kriegsbeginn vor zehn Jahren rund 6,7 Mio. Menschen geflohen. Die meisten von ihnen leben in der Türkei (3,9 Mio.), im Libanon (ca. eine Million) und in Jordanien (655 000). Mehr als eine Million sind nach Europa gekommen und davon leben rund 770 000 in Deutschland.

Nach Baden-Württemberg kamen im vergangenen Jahr rund 7 000 Asylsuchende. Im Jahr 2019 waren es 10 000. der Höhepunkt war 2015 als 98 000 kamen. Von den 7 000 Menschen im vergangenen Jahr kamen 1 500 aus Syrien, 850 aus der Türkei, 800 aus dem Irak, 400 aus Nigeria. Derzeit sind gut 2 000 Menschen in baden-württembergischen Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht.

Übrigens funktioniert einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zufolge die Integration von Zuwanderern immer besser. 2018 sahen sich die Hälfte der ersten Zuwanderer-Generation und 67 % der zweiten Generation als Deutsche. In den meisten baden-württembergischen Haushalten mit Migrationshintergrund wird dem Statistischen Landesamt zufolge Deutsch gesprochen. 2019 war dies in 61 % dieser Haushalte der Fall.

Die am häufigsten gesprochenen ausländischen Sprache im Südwesten waren türkisch (5,6 %), russisch (5 %) und rumänisch (3 %).

Ich möchte an dieser Stelle nur kurz auf einen ganz aktuellen Konflikt eingehen, der sich im Norden Äthiopiens und insbesondere in der Region Tigray abspielt. Dieser Krieg hat mehr als zwei Millionen Menschen vertrieben. 350 000 leiden an akuter Hungersnot. Dass einer der

Kriegstreiber, der äthiopische Präsident Abiy Ahmed, 2019 den Friedensnobelpreis verliehen bekommen hat, macht die Situation nur noch bitterer.

Im Nachbarland Sudan sind immer noch zahlreiche binnenververtrieben, die nicht in ihre Heimatdörfer zurückkehren können, weil an vielen Stellen im Sudan und in Südsudan bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen.

Auch aus Nigeria kommen wenig positive Nachrichten. Die Situation im Norden des Landes ist immer noch so, dass christliche Dörfer überfallen werden von marodierenden Truppen. Immer wieder werden auch Menschen entführt und mit dem Tode bedroht. Erst im März dieses Jahres wurden Schülerinnen in Zamfara entführt, die bis heute nicht wieder zu Hause sind. Ende Dezember 2020 wurden fünf entführte Christen von islamischen Extremisten hingerichtet. Die Verantwortung für diese Gräueltaten übernahmen Mitglieder der Terrorgruppe Islamischer Staat Westafrika (ISWAF).

Es ist mir bei den Recherchen zu diesem Bericht aufgefallen, wie zunehmend bei solchen Konflikten Vergewaltigungen als Kriegswaffe eingesetzt werden. Dies gilt es immer wieder in seiner ganzen Grausamkeit anzuprangern und zu verurteilen.

Auch die Situation im Nordirak möchte ich wenigstens ansatzweise erwähnen. Unsere Partner dort bemühen sich, auch angesichts widriger Umstände, ihre Arbeit zu tun. Die Organisation CAPNI (Christliches Hilfsprogramm im Nordirak), mit der wir seit Jahren eng verbunden sind, steckt derzeit in großen finanziellen Schwierigkeiten und kann kaum die Löhne der Angestellten zahlen. Maßgebliche Spenden sind weggebrochen, Corona bedingt sind viele arbeitslos geworden und die Situation im Land ist extrem instabil. Dazu kommen die zahlreichen Geflüchteten in den Flüchtlingslagern, die versorgt werden wollen. Es ist schon bizarr, dass viele der Menschen, die derzeit an der polnisch-belarussischen Grenze um Einlass in die Europäische Union bitten, aus eben diesen Flüchtlingslagern in Dohuk im Nordirak stammen. Unter ihnen auch wieder zahlreiche Jesidinnen und Jesiden. Der im Spiegel zitierte Satz eines Geflüchteten: „Lieber sterbe ich an der polnischen Grenze, als im Irak zu leben“, spricht für sich.

Ich kann deshalb auch keinerlei Verständnis für die Haltung des amtierenden deutschen Außenministers Heiko Maas und des Bundesinnenministers Horst Seehofer aufbringen, wenn sie erklären, dass Deutschland auf keinen Fall Flüchtlinge, die an der belarussischen Grenze warten, aufnehmen werde. Das sind Menschen und sie haben ein Recht darauf, geschützt zu werden. Die Idee der „Sicheren Korridore“ könnten, wie von anderen Mitgliedern der Bundesregierung vorgeschlagen, hier Anwendung finden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch auf die Möglichkeiten der Württembergischen Landeskirche eingehen, wenn es darum geht, Hilfe für die Betroffenen zu leisten. Oft sind es kleine Summen, die unsere Partner vor Ort in die Lage versetzen effektiv zu helfen. Es sind nicht die großen Summen. Denken Sie etwa an die polnische Diakonie, die versucht, denen, die Hilfe brauchen unter den Geflüchteten zur Seite zu stehen. Hier kann unsere Kirche mit Beträgen von 25 000 € viel unterstützen.

Die ist auch der Vorteil unserer Strukturen, dass wir über Kirchen in den Konfliktgebieten gute Kanäle haben, um schnell und direkt zu helfen. Diese Partnerschaften pflegen wir regelmäßig und sie sind ein Schatz unserer Württembergischen Landeskirche. Besonders dankbar bin ich für zwei Hilfsmöglichkeiten, die uns die Synode in den letzten Jahren geschaffen hat. Der Nothilfefond und der Flüchtlingsfonds.

Hier können wir schnell über Gelder verfügen, die dann an Ort und Stelle versandt werden. Diese Fonds sind gut ausgestattet und können aufgefüllt werden. Aber wie gesagt, oft ist es gar nicht nötig mit großen Summen einzusteigen, sondern wir warten, bis uns unsere Partner vor Ort genau sagen was sie brauchen und wie viel sie überhaupt mit ihren Strukturen umsetzen können. Seit vielen Jahren gibt es bei diesen Hilfsmöglichkeiten eine sehr enge und vertrauensvolle

Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk unserer Landeskirche. Frau Dr. Dinzinger und Herr Thorsteinsson seien hier besonders genannt.

Der Asylpfarrer unserer Landeskirche, Pfarrer Joachim Schlecht, weist noch auf einen anderen Konflikt hin, der in seiner Arbeit derzeit Priorität gewonnen hat. Es sind die Menschen in Afghanistan, die derzeit so gut wie keine Möglichkeit sehen, das Land zu verlassen. Manche versuchen über den Iran nach Deutschland zu kommen, aber auch das scheint nicht möglich.

Es sei zunehmend anstrengend und deprimierend für alle Ratsuchenden, die sich an ihn wenden, dass man zur Untätigkeit verdammt sei und nichts machen könne, so Schlecht. Ähnlich geht es mit dem Thema der Familienzusammenführung, wo manche Institutionen sich bis zu drei Jahre Zeit lassen mit den Genehmigungsverfahren. Oft wendeten sich Menschen an ihn und hoffen, dass wenigstens die Kirche etwas unternehmen kann, wenn die staatlichen Stellen verzögern, so Schlecht. Die Zahl der Kirchenasylfälle, so Schlecht, nehme derzeit in Deutschland zu. Im Bereich der Württembergischen Landeskirche gibt es derzeit fünf Fälle von Kirchenasyl.

Lassen Sie mich nun zu den einzelnen Schwerpunktländern kommen:

Libanon

Die NZZ hat die politische Situation in dem Land vor kurzem wie folgt beschrieben: „Seit der gigantischen Explosion in Beirut durchlebt Libanon die schlimmste Krise seiner Geschichte. Die Proportordemokratie formte zwar einen Staat, schuf aber nie den erforderlichen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der politische Scherbenhaufen ist unermesslich groß.“

Seit seiner Gründung im Jahr 1920 befindet sich Libanon in der Krise. Das Land durchlebte zwei Bürgerkriege, einen 1958 und einen von 1975 bis 1990. Und dennoch lässt sich sagen: So groß wie heute war die Misere noch nie.

Die Corona-Krise, eine Wirtschaftskrise, eine Flüchtlingskrise und eine Staatskrise erschüttern das Land in seinen Grundfesten. Am schwersten trifft Libanon aber die Finanzkrise: Die libanesische Lira hat mehr als 90 % ihres Wertes verloren. Die Inflation liegt bei mehr als 100 %, und weil Devisen für Importe fehlen, leidet Libanon unter einem Versorgungsmangel.

In dieser Zeit ringt die politische Elite des Landes über ein Jahr lang um die Bildung einer Regierung. Nach monatelangen Machtkämpfen und zwei gescheiterten Versuchen ist es nun dem früheren Premier und Multimilliardär Najib Miqati gelungen, ein Kabinett zu bilden. Unterstützt wurde er dabei von Emmanuel Macron. Frankreich pflegt historisch enge Verbindungen zu Libanon, an dessen Gründung die einstige Mandatsmacht einen entscheidenden Anteil hatte.“

Das starre Proporzsystem - alle Konfessionen, alle politischen Parteien müssen in der Regierung vertreten sein - hat weite Teile der libanesischen Bevölkerung, insbesondere die muslimische Landbevölkerung, an den Rand gedrängt und ihnen den Zugang zu Bildung und Wohlstand verwehrt. „Bis heute gibt es keinen wirkungsvollen Mechanismus, um auf gesellschaftliche Veränderungen oder demografische Entwicklungen reagieren zu können. Es ist davon auszugehen, dass sich die demografische Situation in Libanon seit der Volkszählung sehr deutlich zugunsten der muslimischen Bevölkerung verschoben hat.“

Seit Anfang der siebziger Jahre traten die gesellschaftlichen Probleme in Libanon immer offener zutage: einerseits die sozialen Unterschiede zwischen wohlhabenden Städtern und einer armen Landbevölkerung, andererseits die Uneinigkeit über den Umgang des Staates mit den Flüchtlingen aus Palästina und den bewaffneten palästinensischen Kämpfern im Land. Vor allem die Solidarität mit den Palästinensern geriet zum Prüfstein für die nationale Identität Libanons. Der Konflikt darüber eskalierte im Jahr 1975 in einer blutigen Auseinandersetzung. Nach fast fünfzehn Jahren Krieg, in den unterschiedliche regionale und internationale Akteure verwickelt waren, wurde im Rahmen eines Friedensabkommens eine neue Verfassung formuliert. Besonders der Konflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien wirkt tief in die politische Struktur Libanons hinein.

Auch wenn der Generalsekretär und Oberbefehlshaber des Hizballahs, Hassan Nasrallah, sich offen für systemische Veränderungen ausspricht, deutet bis jetzt nichts darauf hin, dass der Hizballah militärisch abrüsten wird. Nach dem Bürgerkrieg durfte er als einzige Miliz seine Waffen behalten, um gegen Israel zu kämpfen, das damals noch Südlibanon besetzt hielt. Genau dies ist die Aporie: Um eine mögliche Gefahr für Israel in der Region auszuschalten, boykottieren die USA und ihre Verbündeten die Zusammenarbeit mit jedem Akteur, der sich nicht offensiv gegen den Hizballah stellt.

Dabei ignorieren sie die Tatsache, dass kein Premierminister in Libanon den politischen Flügel des Hizballahs links liegenlassen kann, denn dieser stellt einen wichtigen militärischen, sozialen und politischen Machtfaktor im Land dar. Zehn Prozent der Abgeordneten der libanesischen Nationalversammlung gehören dem Hizballah an.

Sieht man nur einmal die Situation der Geflüchteten aus Syrien an, dann wird deutlich, dass es fast unmöglich ist, in einem Land mit rund sechs Millionen Einwohnern noch 1,5 Mio. Geflüchtete aus Syrien aufzunehmen. Dazu kommen noch eine Million Palästinenser im Land, die den Flüchtlingsstatus haben.

Allein um Geld derzeit für von der württembergischen Landeskirche geförderten Projekte in den Libanon zu überweisen, muss unsere Finanzabteilung wahre Kunststücke vollbringen; denn es kann passieren, dass der Wert einer Überweisung innerhalb weniger Tage um die Hälfte gesunken ist. Beeindruckend ist es deshalb umso mehr, dass unsere Partner in dem Land nach all den Rückschlägen immer wieder neu beginnen, sich nicht entmutigen lassen, um mit viel Energie und Tatkraft und Mut den Ärmsten der Armen zu helfen.

Demokratische Republik Kongo

Im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) herrscht seit Jahrzehnten Krieg. Mehr als 200 Milizen terrorisieren die lokale Bevölkerung. Sie, plündern, töten, vergewaltigen und vertreiben die Menschen aus ihren Dörfern. In der Regel werden sie dafür nicht zur Rechenschaft gezogen. Der kongolesische Staat ist in dieser Region so gut wie nicht präsent.

Vordergründig geht es in dem Krieg um die Kontrolle über die Bodenschätze in der Region, die für die weltweite IT- und E-Auto-Industrie wichtig sind. Doch auch ethnische und politische Motive spielen bei den Konflikten eine Rolle. Mit dem Gewinn aus dem Rohstoffhandel können die Milizen sich Waffen kaufen und ihren weiteren Kampf finanzieren.

Seit einiger Zeit häufen sich die Anzeichen, dass nun auch dschihadistische Gruppen sowie die weltweite Terrororganisation Islamischer Staat im Osten der DR Kongo aktiv sind. Für die Menschen in der Gesamtregion, die überwiegend Christen sind, bedeutet dies eine weitere, unberechenbare Gefahr.

Das Land mit 90 Mio. EinwohnerInnen ist rund sechsmal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Rund 90 % sind Christen, bis zu zehn Prozent Muslime. In östlichen Regionen allerdings ist der muslimische Anteil an der Bevölkerung höher und wird auf bis zu 25 % der lokalen Bevölkerung geschätzt. Bisher stand das friedliche Miteinander von Christen und Muslimen bis auf einige kleinere Konflikte um Weidegründe zwischen christlichen Bauern und muslimischen Nomaden im Nordosten des Landes nicht in Frage.

Die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo) gehört nicht zu den Ländern, die einem sofort in den Sinn kommen, wenn es um das Thema bedrängte und verfolgte ChristInnen geht.

Nach der Verfassung von 2006 ist das Land ein säkularer Staat. Religiöser Pluralismus wird respektiert. Diskriminierung aufgrund ethnischer Abstammung, religiöser oder persönlicher Ansichten ist verboten. Jeder darf seine Religion öffentlich und privat bekunden, ausüben und dafür werben.

Religionsgemeinschaften dürfen Gotteshäuser errichten und sich von in- und ausländischen Partnern in ihrer Arbeit unterstützen lassen. Kirchliches Leben gedeiht seit vielen Jahren, so dass die Kirchen heute im Bildungs- und Gesundheitsbereich eine tragende Säule für die ganze Gesellschaft darstellen. Rund zwei Drittel der Schulen, Gesundheitsstationen und Waisenhäuser sind in kirchlicher Hand.

Beunruhigend sind seit einiger Zeit Meldungen über dschihadistische Gruppen im Ostkongo. Im Juni 2021 explodierte eine Bombe in einer katholischen Kirche in Beni in der Provinz Nord-Kivu, nahe der Grenze zu Uganda. Zwei Frauen wurden verletzt. Die Bombe explodierte kurz bevor in der Kirche ein Firmungsgottesdienst mit vielen Kindern und ihren Familien hätte stattfinden sollen. Wenige Stunden später sprengte sich ein Selbstmordattentäter in der Nähe einer Moschee in Beni in die Luft. In den Wochen davor hatten Islamisten nach Angaben des kongolesischen Zentrums für Friedensforschung (CEPADHO) bei verschiedenen Terrorakten in Beni 22 Menschen getötet.

Verantwortlich für die Attentate zeichnet häufig die islamistische Miliz Allied Democratic Forces (ADF), hinter der Beobachter ein breites dschihadistisches Netzwerk vermuten. Sie ist aus einer der ugandischen Rebellengruppen entstanden, die im Ostkongo aktiv ist. 2017 bekannte sie sich zum Islamischen Staat.

Immer wieder nimmt die ADF gezielt Geistliche ins Visier. So wurde am 8. Juli 2021 eine Ordensfrau in Goma entführt. Im November 2018 drangen bewaffnete Männer in das Haus eines Pastors in Beni ein und töteten ihn und seine Tochter. Drei weitere Kinder wurden bei dem Angriff getötet, sieben Christen entführt. Sie gelten bis heute als vermisst. Kurz darauf überfiel die ADF ein weiteres Dorf in der Gegend, entführte einen Pastor und fünf Mitglieder seiner Gemeinde und setzte zwölf Häuser in Brand. Der Pastor und seine Frau wurden später tot aufgefunden.

Im März 2019 verübten die ADF einen Anschlag auf das Dorf Kalau. Sie töteten sechs Menschen und zwangen Hunderte zur Flucht. Ein Sprecher der Dorfgemeinschaft sagte über die islamistischen Milizionäre, sie seien lange mit Menschenraub und Mord aktiv gewesen. Jetzt wollten sie aber das Gebiet besetzen, das sie als ihr Eigentum beanspruchten.

Auch die katholische Bischofskonferenz bescheinigt der ADF eine eindeutig religiös-extremistische Agenda. „Alle, die von diesen Terroristen entführt wurden und fliehen konnten, berichten dasselbe: Sie wurden vor die Wahl gestellt zwischen Tod und Konversion zum Islam“, sagt Melchisedec Sikuli Paluku, der Bischof von Butembo-Beni. Und die Bischofskonferenz schreibt in einer Stellungnahme im April 2021, dass die Islamisierung der Bevölkerung eine weitreichendere Strategie sei, um langfristig auf die allgemeine Politik des Landes Einfluss zu nehmen.

Die weltweit agierende Terrororganisation Islamischer Staat (IS) sieht den Ostkongo seit April 2019 als offizielles Kampfgebiet an. Nach einem Anschlag mit drei Toten in der Nähe von Beni erklärte der IS die gesamte Region zur „zentralafrikanischen Provinz des Kalifats“. Das Auftreten des Islamischen Staats und anderer islamistischer Gruppen in der DR Kongo verkompliziert die Situation in einem Land, das seit Jahrzehnten bereits massiv von Gewalt und Terror betroffen ist.

Experten sprechen von einer Kultur der Gewalt in der DR Kongo, deren Wurzeln bis in die Kolonialzeit reichen. Mehr als acht Jahrzehnte beutete das belgische Königshaus den Kongo mit brutaler Gewalt aus. Historiker schätzen, dass seit Beginn der Kolonialzeit 1 876 Mio. Menschen massakriert oder verstümmelt wurden. Dörfer wurden beim geringsten Widerstand gegen die Kolonialherren niedergebrannt. Auch nach der Unabhängigkeit 1960 herrschte diese Kultur der Gewalt weiter.

In einem Bericht aus dem Jahr 2010 halten die Vereinten Nationen fest, dass in Ostkongo allein zwischen 1993 und 2003 insgesamt 617 schwerwiegende Verbrechen wie Massenvergewaltigungen oder Massentötungen stattgefunden haben. Das heißt, dass alle sechs Tage solche Massaker stattgefunden haben – und das über zehn Jahre hinweg. Doch selbst mit der Stationierung von UN-Friedenstruppen 1999 hat sich die Situation nicht verbessert. Nach Angaben der kongolesischen Bischofskonferenz sind seit 2013 allein in der Stadt Beni mehr als 6 000 Menschen von

Milizen getötet worden. 2000 seien in Bunia ermordet worden. 7 500 seien verschleppt worden und drei Millionen Menschen auf der Flucht im eigenen Land.

Bis heute wird so gut wie kein Angriff strafrechtlich verfolgt. Der Staat ist in den betroffenen Regionen so gut wie nicht präsent. Und die Kritik an der Untätigkeit der Blauhelme reißt nicht ab. Seit Jahrzehnten sind die Menschen schutzlos den vielen marodierenden Gruppen ausgesetzt, die skrupellos plündern, vergewaltigen und morden.

Dass in dieser undurchsichtigen Situation nun offenbar dschihadistische Gruppen sowie der Islamische Staat mitwirken, bedeutet nicht nur für die ChristInnen in der Region eine große Gefahr. Auch einheimische Musliminnen, die sich für Frieden einsetzen und die Gewalt im Namen der Religion verurteilen, geraten unter Druck. So wurde am 1. Mai der Vorsitzende der muslimischen Glaubensgemeinschaft in Beni, Imam Ali Amin, von Unbekannten mit einem Kopfschuss getötet, während er in seiner Moschee das Abendgebet anleitete.

Amin galt über die Region hinaus als Versöhner und unerschrockener Kritiker des islamischen Extremismus und Terrorismus. „Wir finden keine Ruhe, solange sich nichts ändert. Ein hoher Geistlicher wurde getötet. Er war ein Muslim. Morgen wird es ein Katholik sein oder ein Protestant. Deswegen sind wir alle besorgt“, heißt es in einem Bericht der Bischofskonferenz.

Mit ihrem Engagement gegen Korruption und für eine gute Regierungsführung machen die Kirchen sich bei den Mächtigen keine Freunde. Als Zeichen der Hoffnung ist sicherlich zu bewerten, dass die Kirchen nicht nur auf ökumenischer Ebene, sondern auch interreligiös den Schulterschluss mit anderen Glaubensgemeinschaften suchen. Anfang 2020 stellten acht Oberhäupter verschiedener Religionen in der DR Kongo ihre bisher lose Zusammenarbeit mit einer gemeinsamen Charta auf eine formelle Grundlage, um bei Themen von nationalem Interesse gemeinsam die Stimme zu erheben. Mit dabei sind der evangelische Kirchenverband Église du Christ au Congo (ECC) die katholische Kirche, die Kimbanguistenkirche, die orthodoxe Kirche, die Heilsarmee sowie die islamische Glaubensgemeinschaft.

Die regierende Koalition unter Präsident Félix Tchisekedi forderten sie bei dieser Gelegenheit auf, sich endlich für das Wohl des Volkes einzusetzen, die grassierende Korruption zu bekämpfen, für den Schutz der nationalen Grenzen zu sorgen, der Instrumentalisierung der Justiz und der Bandenriminalität sowie der illegalen Ausbeutung von Rohstoffen ein Ende zu setzen. Auch die katastrophale Sicherheitslage im Osten des Landes prangerten die Religionsoberhäupter an. Als zivilgesellschaftliche Akteure spielen die Kirchen in der DR Kongo eine zentrale Rolle. Darin können sie von der weltweiten Ökumene unterstützt werden, indem zum Beispiel ihre Versöhnungsarbeit oder ihre Flüchtlingshilfe finanziert wird. Auch stärkt die internationale Aufmerksamkeit für die Konflikte, unter denen die Menschen in Kongo leiden, den Friedensakteuren vor Ort den Rücken. Mit internationaler Rückendeckung können sie sich stärker für den Frieden und den Schutz der Bevölkerung einsetzen und die Regierung zum Handeln auffordern.

Mosambik

Seit 2017 kämpfen in der Provinz Cabo Delgado im Norden von Mosambik islamistische Milizen gegen die Regierung und besetzen immer wieder Städte, Siedlungen und ganze Regionen. Die Regierung versucht bisher erfolglos, mit Söldnern aus dem Ausland sowie der Unterstützung aus Nachbarländern den Aufstand niederzuhalten. Mehr als 2 500 Menschen sind bereits gestorben. Nach Schätzungen der Europäischen Union sollen knapp 800 000 Menschen intern auf der Flucht sein, viele weitere haben Schutz in den Anrainerstaaten gesucht. Das Welternährungsprogramm warnt, dass wegen des anhaltenden Terrors und der zunehmenden Gewalt in der Region bald eine Millionen Menschen akut von Hunger bedroht sein wird.

Mosambik hat 30 Mio. EinwohnerInnen und ist gut doppelt so groß wie Deutschland. Der Süden und die großen Städte des Landes sind überwiegend christlich geprägt (54 %). Im Norden und entlang der Küste leben mehrheitlich, zumeist sunnitische Muslime (17,5 %). Vor allem in den ländlichen Regionen sind traditionelle afrikanische Religionen vertreten (28 %). Das Land gehört zu den

ärmsten Ländern der Welt und ist seit 1975 unabhängig. Davor war es fast 500 Jahre Kolonie, erst unter portugiesischer, später auch unter britischer Herrschaft.

Bis vor wenigen Jahren hat sich um die Religionsfreiheit in Mosambik niemand Sorgen machen müssen. Das Verhältnis zwischen Staat und Glaubensgemeinschaften ist stabil. Laut Verfassung ist Mosambik ein säkularer Staat und es herrscht Religionsfreiheit. Diskriminierung aus religiösen Gründen ist untersagt. „Es ist jedem Bürger selbst überlassen, ob er seinen Glauben ausübt.“ (Art. 54,19) Zwar darf an staatlichen Schulen kein Religionsunterricht stattfinden, Religionsgemeinschaften können aber ohne Probleme eigene Schulen betreiben.

Von den rund 30 Mio. EinwohnerInnen gehört gut die Hälfte dem christlichen Glauben an, 17,5 % sind Muslime. Seit jeher leben sie friedlich miteinander, der gegenseitige Respekt hat Tradition. Doch mit der seit 2017 zunehmenden Gewalt in der nördlichen Provinz Cabo Delgado wächst auch das Risiko, dass die historisch gewachsene religiöse Toleranz innerhalb der Gesellschaft zu bröckeln beginnt.

Christliche Hilfswerke wie Open Doors und Kirche in Not sprechen mittlerweile von gezielter Christenverfolgung im Norden Mosambiks. Doch dem Konflikt liegen auch noch andere als religiöse Gründe zugrunde. In Cabo Delgado kann beobachtet werden, wie in wenigen Jahren ein lokaler Konflikt um Ressourcen zu einem Brennpunkt islamistischen Terrors werden kann. Wer sich für einen nachhaltigen Frieden in Mosambik einsetzen will, muss daher genau hinschauen.

Begonnen hat der Konflikt im Oktober 2017 mit einem Aufstand in der Hafenstadt Mocimboa da Praia im Norden von Mosambik. Eine Gruppe junger Männer besetzte zwei Tage lang den Hafen. Nicht einmal Schusswaffen hatten sie bei sich. Sie wollten ihrer Frustration Ausdruck verleihen, dass ihre Generation keine Perspektiven hat und vom erwarteten Wirtschaftsboom in der Region ausgeschlossen ist.

Einige Jahre zuvor war vor der Küste Mosambiks eines der größten Gasfelder der Erde entdeckt worden. Im Landesinneren hatte man außerdem enorme Edelsteinvorkommen ausgemacht. Die Hoffnungen waren groß, dass es in der Region, die bisher zu den ärmsten in Mosambik zählte, endlich aufwärts gehen würde. Doch die Konzessionen für die Gasförderung und die Edelsteinminen vergab die Regierung in Maputo an ausländische Firmen. Lokale Bergarbeiter, die bisher in kleinem Stil Rubine geschürft hatten, wurden vertrieben; Bauern, die ihre Felder über den Edelstein führenden Gesteinsschichten hatten, wurden umgesiedelt.

Gleichzeitig passierte in der mehrheitlich muslimischen Provinz das, was auch in anderen muslimischen Regionen Afrikas schon viele Jahre zuvor passiert war. Junge Prediger, die in Ägypten, Katar, Saudi-Arabien oder Südafrika eine strenge Auslegung des Islam studiert hatten, bauten nach ihrer Rückkehr in die Heimat mit Spendengeldern aus dem Ausland neue Moscheen, griffen armen Familien unter die Arme und lehrten die Gläubigen, dass eine Gesellschaft unter der Scharia fairer sei als das, was sie bisher unter der säkularen Regierung im fernen Maputo erlebten. Sie verdrängten die lokalen Imame, die den Koran tolerant und barmherzig auslegten, und sagten ihnen nach, mit der korrupten Machtelite rund um die seit der Unabhängigkeit 1975 regierenden Frelimo-Partei gemeinsame Sache zu machen.

Mit der Zeit mehrten sich die Anzeichen, dass die Aufständischen von ausländischen Kämpfern unterstützt wurden wie zum Beispiel den Al-Shabaab-Milizen in Somalia. Immer häufiger tauchten bei den Überfällen die schwarzen Fahnen des Islamischen Staats auf. Unter dem Namen „Islamischer Staat in Mosambik“ (IS-M) bekannten sich die Kämpfer im Juni 2019 offiziell zum Islamischen Staat (IS), der Dachorganisation der weltweiten Dschihadisten-Bewegung. Der IS verkündete in einer Pressemitteilung, dass IS-M nun Teil des Islamischen Staats in der neu gegründeten zentralafrikanischen Provinz (ISCAP) sei. Gleichzeitig reklamierte der IS offiziell die Verantwortung für 30 Anschläge im Norden Mosambiks.

Seit Anfang 2020 nehmen die Angriffe auf die Zivilbevölkerung zu. International für Schlagzeilen sorgte der Sturm der Dschihadisten auf die Hafenstadt Mocimboa da Praia im August 2020, bei dem es ihnen gelungen war, auch den für die Gasförderung wichtigen Hafen einzunehmen. Die zahlreichen Angriffe und Plünderungen von Dörfern haben es in den letzten anderthalb Jahren eher selten in die internationalen Medien geschafft. Im April 2020 wurden 52 Menschen bei Überfällen im Distrikt Muidumbe getötet. Ende Oktober 2020 wurden sechs Dörfer im gleichen Distrikt angegriffen, geplündert und 20 Menschen enthauptet, darunter 15 Jugendliche. Im März 2021 griffen die Dschihadisten die Stadt Palma an und töteten hunderte von Menschen. Knapp 70 000 BewohnerInnen mussten fliehen.

Experten gehen davon aus, dass es den Kämpfern bei den Überfällen vor allem um zwei Dinge gehe: Sie wollen Raubgut erbeuten, mit dem sie ihren Eigenbedarf an Lebensmitteln abdecken und ihren Kampf finanzieren. Zum anderen entführen sie Kinder und Jugendliche. Die Jungen sollen zu Kämpfern ausgebildet werden und die Mädchen werden an Kämpfer verheiratet, zur (Sex)sklaverei gezwungen oder ins Ausland „verkauft“. Wer sich weigert mit ihnen mitzugehen, riskiert enthauptet zu werden. Hilfsorganisationen gehen davon aus, dass mittlerweile Hunderte Kinder und Jugendliche verschleppt wurden.

Die Region Capo Delgado verfügt über riesige Gas- und Kohlevorkommen. Zum anderen bieten extreme Armut, die systematische Benachteiligung ganzer Bevölkerungsgruppen seit der Kolonialzeit, die Interessenkonflikte von lokalen, regionalen und internationalen Mächten sowie von internationalen Gaskonzernen in der Provinz Cabo Delgado einen Nährboden für radikale islamistische Gruppen.

Dass islamistische Kräfte versuchen, ihren Einfluss in Mosambik auszubauen, ist offensichtlich. Anders als von der mosambikanischen Regierung behauptet, seien die bewaffneten Gruppen aber zumeist „keine ‚Terroristen‘, ‚Extremisten‘ oder ‚Dschihadisten‘, sondern in der Mehrheit junge Bewohner der Provinz, die aufgrund von Armut, fehlender Bildung und geringen beruflichen Chancen sowie insgesamt fehlenden Perspektiven in den bewaffneten Kampf ziehen“, sagt Helle Dossing, Afrika-Abteilungsleiterin bei Brot für die Welt. „Diese Menschen brauchen Alternativen, sie brauchen Hilfe.“ Eine Ausweitung des Konflikts werde die Lebensbedingungen der Bevölkerung nur noch weiter verschlechtern.

Mosambik hat eine lange Tradition des friedlichen Miteinanders von Christen und Muslimen. Die Gewalt, die seit einigen Jahren im Norden des Landes geschieht, wird von prominenten muslimischen Geistlichen immer wieder deutlich verurteilt. Sie stellen öffentlich klar, dass dies mit den Werten des Islam nichts zu tun habe. Am 26. September 2020 hatten muslimische und christliche Geistliche zu einem landesweiten gemeinsamen Gebet für den interreligiösen Frieden eingeladen. Einig waren sie sich, dass das gute Miteinander der Religionen ein Schlüsselfaktor für die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes ist.

Andere Initiativen setzen sich ebenfalls aktiv für Toleranz ein. So hat zum Beispiel eine Initiative aus zivilgesellschaftlichen und religiösen Organisationen im letzten Sommer Lebensmittelpakete landesweit in Kirchen, Moscheen und Gemeindezentren an Familien ausgegeben, die besonders von den Folgen der Corona-Krise betroffen waren. Dabei spielte es keine Rolle, ob die Familien muslimisch, christlich oder animistisch geprägt waren. Allein 50 Tonnen Fleisch wurden bei dieser Aktion verteilt.

Im November 2020 gründeten der katholische Bischof Luiz Fernando Lisboa von der Diözese Pemba und der islamische Führer Nassuralah Dula eine interreligiöse Initiative, die sich um die Flüchtlinge und Vertriebenen in der Region kümmert und gemeinsam nach Lösungen sucht. Auch hat die Gemeinschaft Sant Egidio im Dezember 2020 eine Gruppe von religiösen Führern und Vertretern der Zivilgesellschaft aus Mosambik zu einem Symposium eingeladen, bei dem es um den gesellschaftlichen Frieden und den sozialen Zusammenhalt ging.

Armut, Perspektivlosigkeit, Mangel an Bildung und beruflichen Chancen.

Liebe Synodale,

Mit diesen Stichworten lässt sich die derzeitige Situation in Afrika in einem Satz zusammenfassen. Deshalb sind genau diese Punkte die Ansatzpunkte der derzeitigen Politik des Oberkirchenrats, wenn es darum geht, die Situation der Menschen in Afrika und anderen Teilen dieser Welt zu verbessern. Sie als Synode unterstützen uns und diese Menschen dort durch die großzügige Bereitstellung von Mitteln, um effektiv helfen zu können, um Armut zu bekämpfen, um den Menschen eine Perspektive zu geben und um Kindern und Jugendlichen eine Schul- und Berufsausbildung zu ermöglichen. Das geht zwar nicht immer so, wie wir und unsere Partner uns das vorstellen; aber langfristig wird es eine Lösung des Dilemmas bedeuten, da bin ich mir sicher.

Ich möchte an dieser Stelle besonders Katja Buck, Cornelia Wolf und Gabriele Keltsch danken, die mich bei der Abfassung des Berichts unterstützt haben.

Dies ist mein letzter Bericht vor der Synode. Ich möchte Ihnen sehr herzlich danken, dass Sie sich jedes Jahr diese Zeit genommen haben, um diesen Bericht anzuhören. Das ist einzigartig im Bereich der EKD. Die Verfolgten und Geflüchteten liegen Ihnen am Herzen. Und Sie beten für sie. Und das wissen die betroffenen Menschen vor Ort, egal wo auf der Welt
Ich danke Ihnen!